
Postulat SVP-Fraktion vom 23. Juni 2005 betreffend die Bereitstellung aussagekräftiger Finanzplanszenarien für die Beurteilung der Steuerfussfrage

Antrag

Der Gemeinderat ist anzuhalten, der Finanzkommission und dem Einwohnerrat Finanzplanszenarien mit Steuerfüssen 85 %, 87 %, 89 % und 92 % zu unterbreiten.

Die Szenarien sind so zu gestalten, dass finanzrechtlich akzeptable Ergebnisse herauskommen. Sofern das mit - gegenüber den der Finanzkommission unterbreiteten Varianten - unveränderten Parametern (erwartete Wachstumsraten der Steuererträge und Aufwendungen, Pflichtabschreibungen, Verteilung der geplanten Investitionen auf die nächsten fünf Jahre) nicht möglich ist, sind Szenarien mit angepassten Parametern zu rechnen. D. h. in einem ersten Schritt sind die Abschreibungen auf das gesetzliche Minimum zu reduzieren. Wenn das nicht ausreicht, sind die Investitionen so auf die nächsten fünf Jahre zu verteilen, dass finanzrechtlich akzeptable Ergebnisse herauskommen. Sofern auch diese Massnahme nicht ausreicht, sind Finanzplanszenarien mit einer Investitionsverzichtsplanung zu erstellen (Verzichtspriorität gemäss Gemeinderatsentscheid).

Mit anderen Worten: Es ist die Frage zu stellen, mit welchen Annahmen gerechnet werden müsste, damit ein Steuerfuss von 85 %, 87 %, 89 % oder 92 % möglich wäre.

Begründung

Seit Jahren bestehen grosse Abweichungen zwischen den Budgets und den Rechnungsabschlüssen und in den Finanzplänen. Je nachdem, was der Gemeinderat erreichen will, werden Finanzpläne/Budgets unterbreitet, die ein um 180° anderes Bild präsentieren. Will man Geld ausgeben, kommen optimistische Pläne, spricht jemand von Steuerfussenkungen, kommen Horrorszenarien. Der Gemeinderat ändert dabei manchmal innerhalb weniger Wochen seine Aussagen vollständig. Trotz Wirtschaftskrise sind die pessimistischen Szenarien nie eingetreten. Im Gegenteil. Jahr für Jahr hat die Gemeinde bei Pflichtabschreibungen von 15 % (das heisst effektiven Abschreibungen auf allen Investitionen von 25 %) Überschüsse im Ausmass von ca. 4 Mio. Franken erzielt. Per Ende letzten Jahres sind die Schulden nahe bei Null gestanden. Ausserdem liegen nicht weniger als 13 Mio. Franken auf Kontokorrent- und PC Konten beim EWW (sprich fast ein ganzer Jahresumsatz).

Kürzlich ist der Fiko wiederum ein Finanzplan unterbreitet worden, dem es auf der ganzen Linie an Glaubwürdigkeit fehlt. Der Gemeinderat will damit offenbar beweisen, dass sich die Finanzlage innerhalb eines Jahres dermassen verschlechtert hat, dass sogar die Beibehaltung des geltenden Steuerfusses nur mit einer Reduktion der Pflichtabschreibungen auf 10 % möglich sei! Während vor einem Jahr noch Millionenüberschüsse prognostiziert wurden, als man zusätzliche Investitionen tätigen wollte, sind nun plötzlich Verluste absehbar.

Es ist nicht einfach, den Zahlenmechanismus zu hinter schauen, der hinter den Finanzplänen liegt, selbst für die Fiko nicht. Dass bei den einzigen der Fiko vorgelegten Varianten von Finanzplänen am Ende des Prognosezeitraums Verluste ausgewiesen werden, ist einzig und allein auf den Umstand zurückzuführen, dass der Gemeinderat alle geplanten Investitionen völlig unrealistisch auf zwei der fünf Jahre konzentriert und dass er innerhalb von bloss einem Jahr einen zusätzlichen Investitionsbedarf von mehr als 9 Mio. Franken gefunden haben will. So kommt es in den vier Folgejahren zu einer Kumulierung der hohen Abschreibungen: Werden in einem Jahr fast 20 Mio. Franken investiert, so führt dies auch bei 20 % Abschreibungen (10 % Pflichtabschreibungen und 10 % ordentliche Abschreibungen) zu einer Belastung der Rechnung um 4 Mio. Franken. Man kann also durch die blosse Verschiebung der Investitionen um 1 bis 2 Jahre die Rechnung im Ausmass von x-Millionen manipulieren.

Auf derartigen Grundlagen ist es nicht möglich zu beurteilen, welcher Steuerfuss für die Gemeinde richtig ist.
